



Propagandistin

Zeitung der Abteilung 16 Grünes Dreieck

AUSGABE NR. 16 | JULI 2015

SCHWERPUNKT MIETEN

Wohnen bleibt bezahlbar – die Mietpreisbremse kommt
Sprengelkiez – eine Szenekiez?

PRO/CONTRA

Das Für und Wider der Legalisierung von Cannabis

AUS DER ABTEILUNG

Diskussion der 16. Abteilung um das Wahlprogramm 2016

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir freuen uns sehr, euch die erste Propa in diesem Jahr präsentieren zu dürfen. Die zahlreichen Artikel und Themen zeigen die Vielfalt und das große Engagement unserer Abteilung. Von gegenwärtigen Ereignissen im Kiez, bis hin zu aktuellen Themen wie das Freihandelsabkommen TISA, Flüchtlingspolitik oder die Legalisierung von Cannabis ist unser Heft sehr vielfältig gestaltet. Neu ist, dass wir euch jetzt regelmäßig neue Mitglieder unserer Abteilung in einem Steckbrief vorstellen möchten. Wir begrüßen sie sehr herzlich in unserer Abteilung.

Unser Schwerpunkt ist diesmal die Mietpolitik. Auch in unserem Abteilungsgebiet steigen die Mieten stark. Die Mietpreisbremse, die seit dem 1. Juli gilt, wird hoffentlich dazu beitragen, diese Entwicklung zu stoppen. Im Rahmen unseres Prozesses zum Bezirks- und Landesarbeitsprogramm werden wir das Thema in unserer Abteilung weiter sehr intensiv diskutieren.

Ganz besonders freuen wir uns Moritz als neuen Redakteur in unserem Team begrüßen zu dürfen. Moritz ist neu nach Berlin gezogen und bringt aus der SPD Magdeburg viel Erfahrung und frische Ideen für die Redaktionsarbeit mit.

Wir hoffen, ihr habt viel Freude beim Lesen der neuen „Propagandistin“.

Solidarische Grüße

euer Redaktionsteam
Moritz, Nikolaus und Bettina

INHALT

AUS DER ABTEILUNG UND PARTEI

| | |
|---|----|
| Die Programmdiskussion für 2016 in der Abteilung 16 | 4 |
| Herzlich Willkommen! Neue Abteilungsmitglieder kurz vorgestellt | 6 |
| Junge Wissenschaft – Wege aus dem Prekariat | 9 |
| Interview zu „Büchse der Pandora“ | 10 |
| Rot-rot-grüne Perspektiven in der Außenpolitik | 11 |
| SPD Mitte und 16. Abteilung machen Ernst mit Partizipation von Eltern | 12 |
| Neue Impulse für eine sozialdemokratische Außenpolitik: KDV beschließt umfassenden Antrag der Projektgruppe Friedenspolitik | 13 |
| Angekommen in Berlin und nun?! – Ein Film- und Diskussionsabend im Zeichen der Flüchtlinge | 14 |

KIEZ

| | |
|---|----|
| Gemeinsam gegen Homo- und Trans*phobie! | 15 |
| Geschichte ist niemals vergessen: Deutschland muss die historische Verantwortung für seine Kolonialverbrechen übernehmen. | 16 |
| Zirkusflair am Sparrplatz | 17 |
| Die Kinderfarm wechselt den Träger | 18 |
| Frühjahrsempfang der SPD-Fraktion in der BVV Mitte am 14.03.2015 | 19 |
| Teambuilding: BVV spezial | 20 |
| Interkulturelles Fußballturnier im Wedding | 22 |
| Faustballturnier im Schillerpark – 30. Wedding Cup | 23 |

SCHWERPUNKT MIETEN

| | |
|---|----|
| Wohnen bleibt bezahlbar – die Mietpreisbremse kommt | 24 |
| Wisst ihr eigentlich, wo ihr wohnt? | 25 |
| Sprengelkiez – eine Szenekiez? | 26 |

AKTUELLE THEMEN

| | |
|---|----|
| Freihandelsabkommen TISA: keine Deregulierung des Dienstleistungssektors! | 27 |
| Flucht und Verantwortung: Flüchtlinge in der AWO | 28 |
| Für unseren Kiez heißt gegen Spielhallen | 29 |
| Schwerpunkt bei den Jusos Mitte: Inklusion | 30 |
| Auftaktveranstaltung Mltreden in Mitte zum Thema Bildung | 31 |

PRO/CONTRA

| | |
|----------------------------|----|
| Legalisierung von Cannabis | 32 |
|----------------------------|----|

DAS POLITISCHE LIED

PROGRAMMDISKUSSION FÜR 2016

VON ANDREAS WIEDERMANN

Im Herbst 2016 werden das Abgeordnetenhaus von Berlin und die Bezirksverordnetenversammlung von Mitte neu gewählt. Doch mit welchen programmatischen Forderungen gehen wir als SPD in den Wahlkampf? Diese Frage wollen wir uns als Abteilung bis zum Ende dieses Jahres im Dialog mit der Bevölkerung stellen. Auf unserer Programmklausur im Februar haben wir fast ein Dutzend Themen identifiziert, die für uns und unsere Kieze von Bedeutung sind. Vier dieser Themen wollen besonders intensiv bearbeiten. Das sind Mieten- Wohnungsbaupolitik, Bildung, Gewerbe und bürgerschaftliches Engagement. Zu jedem Thema werden wir kleine und große Veranstaltungen mit verschiedenen Formaten durchführen und auf unterschiedliche Weise die AnwohnerInnen in unseren Kiezen beteiligen.

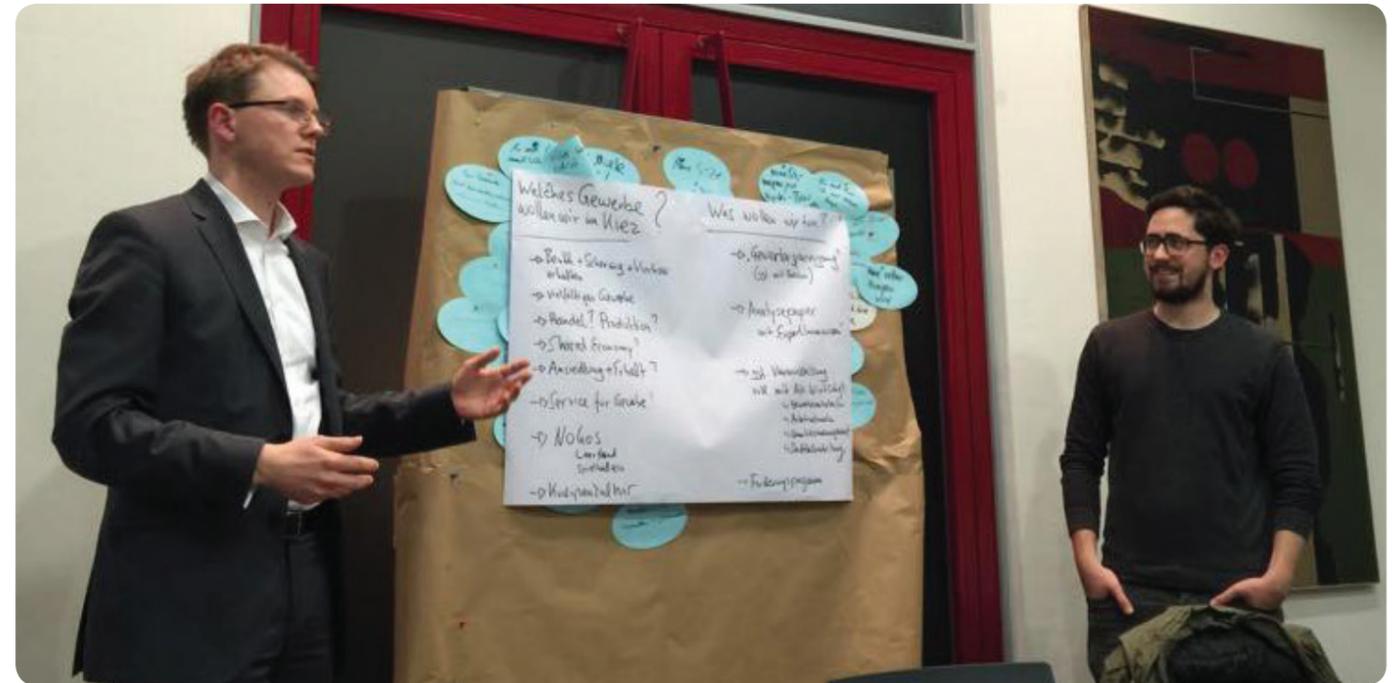
Zum Thema Mieten und Wohnungsbau werden wir uns zunächst zu den Teilaspekten Milieuschutz, Mietpreisbremse, sozialen Wohnungsbau sowie über die Initiative Mietenvolksentscheid informieren. Dazu werden wir in den nächsten Monaten verschiedene ReferentInnen einladen. Nach der Sommerpause werden wir dann die Kiezbevölkerung zu einem öffentlichen World Café einladen, um gemeinsam programmatische Forderungen zu formulieren.

Das Thema Bildung wollen wir zielgruppenorientiert bearbeiten. Im Juni wird eine Auftaktveranstaltung in Kooperation mit unseren Nachbarabteilungen und der Arbeitsgemeinschaft für Bildung stattfinden, zu der wir die LehrerInnen, Eltern- und Schülervertretungen einladen. Dort sollen Forderungen sowohl in Richtung Landes- als auch Bezirksebene gesammelt werden. In einem zweiten Schritt wollen wir aus den Ergebnissen der Veranstaltung einen Fragebogen erarbeiten, der an die Bildungsakteure in unserem Abteilungsgebiet gerichtet ist. Die Auswertung dieser Umfrage soll dann die Grundlage der Formulierung unserer bildungspolitischen Forderungen sein.

Zum Gewerbe im Kiez wird es im Juli einen Kiezspaziergang geben unter Beteiligung unserer BVV-Fraktion. Neben der Kontaktaufnahme zu unseren Gewerbetreibenden soll das Ziel sein, ein Analysepapier zu schreiben, das uns einen Überblick über die Problemlagen der Gewerbestruktur im Brüsseler- und im Sprengelkiez gibt. Darauf aufbauend soll nach der Sommerpause eine öffentliche Veranstaltung folgen, zu der insbesondere die Gewerbetreibenden eingeladen werden. Auch hier ist es das Ziel, programmatische Forderungen im Dialog mit der Zielgruppe zu entwickeln, die dann in den Programmdiskurs der Partei eingespist werden.

Bürgerschaftliches Engagement ist in unserem Abteilungsgebiet stark ausgeprägt. Allerdings verändern sich auch seine Rahmenbedingungen zur Zeit, da das Quartiersmanagement Sparrplatz ausläuft. Wir werden nach der Sommerpause auf zwei Veranstaltungen darüber diskutieren, welche Unterstützung das bürgerschaftliche Engagement vor dem Hintergrund dieser Veränderung durch die Politik benötigt. Dafür wollen wir uns zunächst auf einer internen Veranstaltung einen Überblick über das Engagement in unseren Kiezen verschaffen. Danach sollen schließlich auf einer öffentlichen Veranstaltung mit den aktiven Menschen in unserem Abteilungsgebiet mögliche und notwendige Maßnahmen zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements entwickelt werden. Wir haben uns einen ambitionierten Fahrplan vorgenommen. Wir wollen in den nächsten Monaten zu diesen vier Themen in den Dialog mit den Menschen im Sprengel- und im Brüsseler Kiez treten und uns intensiv in die parteiinterne Programmdiskussion einbringen. Auch andere wichtige Themen wollen wir dabei nicht aus den Augen verlieren. Der Fokus dieses Fahrplans liegt auf der BürgerInnenbeteiligung. Er gibt uns Gelegenheit, viele Anregungen aus der Bevölkerung für ein gutes Wahlprogramm aufzunehmen und schon in der Vorwahlkampfzeit viele Kontakte zu knüpfen. Daher lohnt es sich doppelt für uns, diesen Fahrplan engagiert umzusetzen: Am Ende werden wir starke inhaltliche Forderungen entwickelt und unsere Vernetzung im Kiez weiter ausgebaut haben!

Wenn ihr euch in den Prozess einbringen wollt, habt ihr jeder Zeit Gelegenheit dazu. Kommt auf einer der Veranstaltungen oder meldet euch beim Abteilungsvorstand. Zu den vier großen Themen haben wir Arbeitsgruppen gegründet, die sich über alle GenossInnen freuen, die mitarbeiten wollen!



REGELTERMINE DER 16. ABTEILUNG

Erster Dienstag im Monat:
MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Zweiter Dienstag im Monat:
VORSTANDSSITZUNG

Vierter Dienstag im Monat:
STAMMTISCH

WIR FREUEN UNS AUF DICH!

HERZLICH WILLKOMMEN! UNSERE NEUEN ABTEILUNGS- MITGLIEDER

VON BETTINA SCHULZE

KATRIN BENZENBERGER UND BENJAMIN VRUCAK

- In der 16. Abteilung seit: April 2014
- Was wir sonst so machen: Engagieren uns für bessere Arbeitsbedingungen junger AkademikerInnen in der Initiative „Akademische Frühling“
- Deshalb sind wir in SPD eingetreten: Austausch mit Gleichgesinnten, politische Teilhabe
- Unser Lieblingsplatz im Kiez ist: die Rösterei auf der Müllerstraße
- Politisch setzen wir uns ein für: bessere Arbeitsbedingungen



DANIEL CHOINOVSKI

- In der 16. Abteilung seit: Ganz frisch, aber schon seit 2007 in der SPD.
- Was ich sonst so mache: Ich bin Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen (Studierendenverband der SPD), habe neben Partei und Jusos aber auch andere Hobbies ;-)
- Deshalb bin ich in SPD eingetreten: Ich wollte mein Lebensumfeld Universität verändern.
- Die Jusos und die SPD vor Ort waren nicht nur super gut drauf. Sie haben auch Positionen, wie die Ablehnung von Studiengebühren, vertreten, die meiner Überzeugung entsprechen.
- Mein Lieblingsplatz im Kiez ist: Ich erkunde gerne die vielen jungen und alteingesessenen Bars, Kneipen und Cafés. Ich find's gut, dass der Kiez so vielseitig ist.
- Politisch setze ich mich ein für: Eine bessere Welt – im Kleinen wie im Großen.

MICHAEL NEUMANN

- In der 16. Abteilung seit: Seit 23.01.2015
- Was ich sonst so mache: Ich arbeite als freiberuflicher Schauspieler bereits seit 2007 und spiele in Berlin, München, Wien, Lelkendorf. Als Regisseur und Autor bin ich schaffend tätig seit 2010.
- Deshalb bin ich in SPD eingetreten: Seit Jahren spielte ich mit dem Gedanken politisch aktiver zu werden. Für mich kamen alle demokratischen Parteien zunächst in Betracht. Je doch entschied ich mich nach einem intensiven Gespräch mit allen Parteien für die SPD.
- Mein Lieblingsplatz im Kiez ist: Es sind viele Lieblingsplätze. Wenn ich aber wählen müsste, so würd` ich sagen, der Leopoldplatz – hier treffen Menschen mit unterschiedlichen Geschichten, Ziele und Wünsche aufeinander.



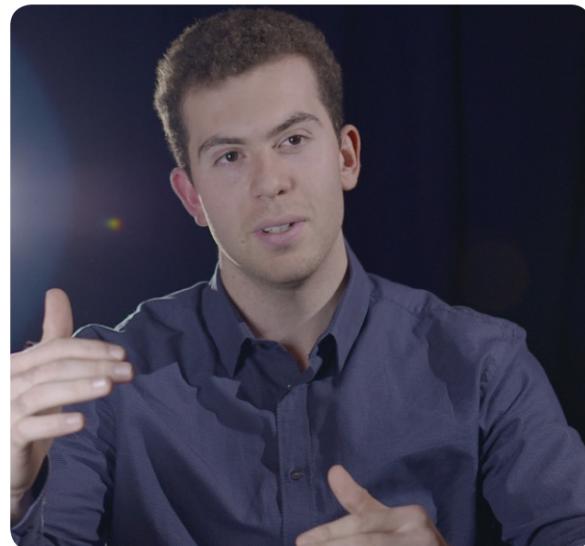


MORITZ FESSLER

- In der 16. Abteilung seit: 13. Januar 2015
- Was ich sonst so mache: Bald wieder studieren
- Deshalb bin ich in SPD eingetreten: Eigenes Engagement hat mir schon immer besser gefallen als destruktive Kritik
- Mein Lieblingsplatz im Kiez ist: Volkspark Rehberge
- Politisch setze ich mich ein für: Eine bessere europäische Außenpolitik

MICHAEL NEUMANN

- In der 16. Abteilung seit: 1.08.2014
- Was ich sonst so mache: Studiere Jura an der Humboldt-Universität zu Berlin und führe ein juristisches und politisches Presseportal, Jurapol. Wir führen Interviews zu diversen politischen, juristischen und kulturellen Themen. www.jurapol.de
- Deshalb bin ich in SPD eingetreten: Ich wollte die inneren Strukturen einer politischen Partei kennenlernen. Es ist besser selbst seine Erfahrungen zu machen als von außen sich etwas sagen zu lassen. Die SPD ist eine Institution, die meine politischen Ansichten und meine gesellschaftlichen Vorstellungen am besten entspricht (bzw entsprechen soll)
- Mein Lieblingsplatz im Kiez ist: Sprengelpark
- Politisch setze ich mich ein für: Für eine gerechte Umverteilung in der Gesellschaft. Einer konstruktiven und wahrheitsgemäßen Berichterstattung, das Immunsystem einer Demokratie. Für die Persönlichkeitsentfaltung aller Menschen, in einer Gesellschaft wo es toleriert und akzeptiert wird anders zu sein. Die Stadt Berlin ist und zeigt die ersten Schritte in dieser Richtung.



JUNGE WISSENSCHAFT – WEGE AUS DEM PREKARIAT

VON JULIAN ZADO

Verträge nur über drei Monate? Mit 40 keine Perspektive mehr? Stundenlohn von 5 Euro? Diese Sorgen haben viele Menschen. In letzter Zeit auch eine Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bei denen man solche Probleme nicht erwartet: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Egal, ob an der Hochschule oder als Graduierte in Unternehmen: Eine wissenschaftliche Laufbahn ist nur für wenige mit einer gesicherten beruflichen Existenz verbunden. Die prekäre Situation junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist seit einiger Zeit stärker in der politischen Diskussion. Konkrete Verbesserungen dagegen sind noch nicht absehbar. Deshalb wird der Ruf des sog. „Akademischen Mittelbaus“ nach besseren Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft immer lauter.

Die 16. Abteilung der SPD Mitte, zusammen mit der 23., nahm das Thema zum Anlass für eine Diskussionsveranstaltung. Dabei war Steffen Krach zu Gast, Wissenschaftsstaatssekretär in Berlin. Krach erläuterte die schwierigen Rahmenbedingungen an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sie müssen einerseits mehr Ausbildung leisten, gleichzeitig werden die Etats nicht entsprechend erhöht.

Auch die Folgen der Exzellenzinitiative tragen zu der Situation bei. Die zusätzlichen Finanzspritzen sollten die Qualität der Forschung erhöhen. Das gelingt zum Teil auch. Allerdings gibt es die zusätzlichen Mitteln nur auf Zeit - mehr befristete Stellen sind die Folge. Zudem gibt es den allgemeinen Trend in der Forschungsfinanzierung, dass befristete Projekte und weniger Dauerstellen finanziert werden.

Prof. Dr. Sahar Sodoudi schilderte als junge Wissenschaftlerin an der FU Berlin ihre persönlichen Erfahrungen mit diesen Problemen. Katrin Benzenberg, Mitglied der 16. Abteilung, erläuterte die Situation von AkademikerInnen außerhalb der Wissenschaft. Auch hier sind prekäre Arbeitsbedingungen keine Seltenheit. Oft reiht sich Befristung an Befristung, und Unterbezahlung ist ohnehin die Regel. Die 16. Abteilung wird das Thema weiterverfolgen. Dabei wollen wir auch mit dem sog. „Akademischen Frühling“ zusammenarbeiten, einer von Katrin Benzenberg mitgegründeten Initiative für bessere Arbeitsbedingungen.



PANDORAS BÜCHSE

VON NIKOLAUS KILIAN

Die Propagandistin ist nicht die erste Zeitung, die von Mitgliedern der Abteilung für die Abteilung herausgegeben wurde. Als Uli Böbel im Februar für seine langjährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt wurde, plauderte er ein wenig aus dem Nähkästchen, sodass wir der Propagandistin uns entschlossen haben, genaueres herauszufinden.

Wir trafen uns dann an einem der ersten schöneren Abende des Jahres im Eschenbräu, um von Kalle und Uli zu hören, wie es „damals“ so gewesen ist, eine Abteilungszeitung zu realisieren – und wann genau dieses „damals“ überhaupt gewesen ist.

Damals war der Anfang der 1990er Jahre. Die 16. Abteilung gab es so noch nicht, sondern eine 5. Abteilung (Tegeler Str. bis zur Müllerstr. und von der Seestr. bis zur Fennstr.). Der andere Teil unserer jetzigen Abteilung war damals die 7. Abteilung. Pandoras BÜCHSE war also die Zeitung der 5. Abteilung. Diese traf sich meist am Sparrplatz in einem Nebenraum des „Pink Elephant“ bzw. der „Seifenblase“, eine Eckkneipe Ecke Sparrstr./Burgsdorfstraße (es gab sogar täglich einen SPD-Stammtisch!). Hier fanden Vorstandssitzungen statt, die ab 22 Uhr keine Beschlüsse mehr fassen durften.

Propagandistin: Wieso gab es diese zeitliche Beschränkung?

Kalle: „Die Sitzungen waren lang. Zwei Leute reden zwei Stunden. Die anderen hatten überhaupt keine Chance mehr. Und Mitglieder, die im Schichtdienst arbeiten mussten, wollten irgendwann nach Hause.“

Ulrich ergänzt: „Die haben geredet, als hätten sie für den Bundestag geübt. Auch gut geredet, aber sehr lang“.

Also ging es dann in den Schankraum und dort wurde weiter debattiert.

Am 11.6.1991 gab es dann den Beschluss, die Zeitung „Pandoras BÜCHSE“ zu gründen. Federführend waren Ulrich Böbel, Dietmar Böhm und Karl-Heinz Schneider.

Ulrich: „Ein Punkt, den die Propagandistin und Pandoras BÜCHSE zum Beispiel gemeinsam haben, ist ihr provokanter Name. Wir wollten gegen alteingesessene Strukturen in der Abteilung publizieren und das einzige, was wir hatten, war die Hoffnung (lacht), daher auch der Name“.

In der Deutung der alten griechischen Sage wird die Hoffnung aus Pandoras BÜCHSE sowohl als positiv und Mut stiftend als auch als negativ gedeutet. Die zwei Jahre erscheinende Zeitung der 5. Abteilung mit dem Ziel der „sozialistischen Marktwirtschaft“ (Ulrich) hat auf jeden Fall positive Hoffnungen in der Abteilung geweckt. Pandoras BÜCHSE war Zeichen einer Art Aufbruchsstimmung, als die Abteilung schwere Zeiten erlebte. Mit der jüngeren Generation, welche die Zeitung im Vorstand durchsetzte, kamen auch heute noch präsenste Genossinnen und Genossen der Abteilung zum Vorschein, neben Kalle und Uli zum Beispiel Martina Matischok.

Ulrich: „Ich hatte viel Freizeit und Dietmar hohe Ambitionen. Wir trafen uns dort und publizierten die Pandora. Aber Zensur hat es nicht gegeben, wir waren immer meinungssoffen.“

Das ist auch heute noch mit einem Blick in die Inhaltsverzeichnisse zu sehen, wenn dort auch der damalige Vorsitzende Wolfgang Münzner selbstverständlich mit die Zeitung füllte oder der damalige Weddinger Kreisvorsitzende Hans Nisblé zum Wahlkampf aufruft.

Anfangs kam jeden Monat eine Ausgabe mit ca. 8 Seiten, die Auflage betrug 150 Stück.

Propagandistin: „Wie habt ihr euch finanziert?“

Ulrich: „Die Zeitung war teilfinanziert von der Abteilung, gegen das Votum des Vorsitzenden übrigens. Aber es gab auch Anzeigen, die eingefügt worden sind. Zum Beispiel vom Pink Elephant, vom Kopierladen oder anderen Kneipen.“

Aus den Unterlagen wird deutlich, dass eine Ausgabe dieser Zeitung den Kassierer 30 DM gekostet hat – zum Vergleich: die Propagandistin heute kostet ca. 120€ pro Ausgabe, ist aber auch dicker und hat eine höhere Auflage.

Wie war das mit der Hoffnung von Pandora? Die sozialistische Marktwirtschaft wurde durch die Zeitung nicht erreicht, ein paar alte Strukturen in der 5. Abteilung auf lange Sicht aber schon beseitigt. Spätestens mit dem Zusammenlegen von 5. und 7. Abteilung wurden die Karten neu gemischt, sodass wir die 16. Abteilung haben, wie wir sie heute kennen. 1993 wurde die Zeitung Pandoras BÜCHSE eingestellt, 2007 kam dann die Propagandistin auf die Bühne.

Originalartikel aus Pandoras BÜCHSE, 2. Juli 1991

„Es gibt nirgends so viel Spaß für fünf Mark wie in der SPD!“

War das etwa die begeisterte Äußerung eines Teilnehmers der letzten Mitgliederversammlung? Oder das Geleitwort unseres scheidenden Kassierers an seinen Nachfolger? Oder aber ein ekstatischer Ausruf unseres neuen Abteilungsvorsitzenden bei der Mitglieder-Werbung?

Nun, ein Vorsitzender der SPD war’s wohl, wenn auch nicht aus unserem Bereich. Lassen wir unserem Genossen Willi Piecyk, seines Zeichens Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein, seinen Spaß (den er sicher mit diesem Ausspruch hatte).

Das Thema unserer letzten Mitgliederversammlung (MV) war leider weniger spaßig, ging’s doch um die Nachfolge des ehemaligen Abteilungsvorsitzenden Thomas Seitz und auch um die Hintergründe des Rücktritts.

Sicherlich war’s für jemand, der bisher noch unbelastet von den abteilungsinternen Vorgängen der letzten Monate war, interessant zu hören, was sich so alles getan hat bei uns. Und ebenso sicher mußten die eingesetzten „Klärungs-Kommissionen“ über die Ergebnisse ihrer Arbeit berichten.

Doch bleibt andererseits, wie schon so oft, die Frage, ob die Berichtenden nun auch wirklich versucht haben, die bekannte Formel K K P bei ihren Redebeiträgen zu berücksichtigen: Kurz, Knapp, Präzise. Mal ehrlich: Findet ihr, liebe Genossinnen und Genossen, solche Vorträge denn nun interessant, informativ, oder eher aufgebläht und einschläfernd?

Und wie ist das, wenn immer nur wenige viel reden, manche wenig und die meisten überhaupt nicht? Besteht dann überhaupt noch die Lust, selbst seine Meinung zu sagen?

Auch will ich nicht verschweigen, daß dies nun kein spezifisches Problem nur alleine unserer Abteilung ist (in anderen Gremien und Gliederungen der Partei wird genauso zeitraubend referiert).

Trotzdem die Frage: Muß denn dies so sein? Unser Selbstverständnis in der 5. Abteilung ist doch, etwas „anders“ zu sein. Manche sagen dazu „links“.

Vielleicht wird es uns ja auch möglich, unser anderes Verständnis von Politik eines Tages auch innerhalb der Abteilung umzusetzen: Demokratie fängt von unten an und dies bedeutet auch, daß jeder/m die Möglichkeit gegeben wird, zu Wort zu kommen. Dies sollten sich un-sere „Vielredner“ hinter die Ohren schreiben. Gleichzeitig und abschließend auch ein Appell an alle diejenigen, die sich durch eben dieses Verhalten bisher abschrecken ließen: Nur wer kommt hat natürlich die Möglichkeit, auf solche Sitzungen und Versammlungen Einfluß zu nehmen.

Und: Unsere Partei, besonders unsere 5. Abteilung, lebt von der Vielfalt der Menschen und Meinungen. Jeder von uns hat selbst viele der nötigen Stücke in der Hand, dieses Mosaik auch nach seinen Vorstellungen mitzugestalten.

Dietmar Böhm

ROT-ROT-GRÜNE PERSPEKTIVEN DER AUSSENPOLITIK

VON ANDREAS WIEDERMANN, DANIEL SCHWANZ, BETTINA SCHULZE

Bewaffnete Drohnen, NATO und NSA: Es ging belebt zu bei unserer Veranstaltung zum Thema rot-rot-grüne Perspektiven in der Außenpolitik am 20. Mai im „Lindengarten“. Während Juso Vorsitzende Johanna Uekermann die Vorteile einer linken Perspektive jenseits der „Großen Koalition“ betonte, stellte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Arnold auf den angeblich nicht vorhandenen Realismus der Linkspartei ab. Unser Ziel war es mit dieser Veranstaltung eine kontroverse Debatte herbei zu führen, was an diesem Abend auch gelang.

Johanna stellte heraus, dass Außen- und Sicherheitspolitik global und umfassend gedacht werden müssen. Fragen der Flüchtlingspolitik, der weltweiten sozialen Gerechtigkeit sowie der Abrüstung und Entwicklungszusammenarbeit müssten in einem Gesamtkonzept zusammen gedacht werden. Insbesondere bei den Themen Abrüstung, in der Flüchtlingspolitik als auch bei der globalen Umverteilung sieht sie rot-rot-grüne Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten für fortschrittlichere Politik als aktuell. Insbesondere bei der Abrüstung käme man in

einer Koalition mit der Union keinen Schritt weiter. Rainer Arnold schloss eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei weitgehend aus. Er sieht keine Möglichkeit mit diesem Koalitionspartner die von Deutschland geforderte Verantwortung in der Welt innerhalb der NATO oder der EU zu tragen.

Die größte Meinungsverschiedenheit entspannt sich bei dem Thema bewaffnete Drohnen. Während Johanna und auch Wortbeiträge aus dem Publikum eine Ächtung aller automatisierten Waffensysteme einforderten, argumentierte Rainer Arnold dafür, bei der Militärtechnik nicht hinter anderen Ländern zurück zu bleiben.

Die Diskussion war nur ein Auftakt. Sie hat gezeigt wie weit die Meinungen in der SPD auseinandergehen, wenn es um Regierungsbündnisse auf Bundesebene geht. Wir wollen bis zur Bundestagswahl 2017 weitere Veranstaltungen zu Rot-Rot-Grün organisieren. Wir sind davon überzeugt, dass wir Bündnisoptionen jenseits der Union brauchen. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass diese Diskussion in der Partei frühzeitig geführt wird!



MEHR PARTIZIPATION VON ELTERN – KINDERBETREUUNG IN MITTE

VON ANDREAS WIEDERMANN

Die SPD kämpft seit langem für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Vereinbarkeit von politisch-ehrenamtlichen Engagement und Familie ist aber eine nicht weniger große Herausforderung für viele Eltern. Viele Menschen würden sich gerne stärker engagieren, doch finden kaum die Zeit dafür zwischen Arbeit und Familienleben. Parteiveranstaltungen finden meistens abends oder an Samstagen statt, Zeiten also, die für Familien äußerst ungünstig liegen. So gehen der aktiven Politik viele Menschen verloren, insbesondere junge Eltern, deren Perspektive und Erfahrungen aber von großem Wert sind, wenn es darum geht, wie unsere Gesellschaft gestaltet werden sollte.

Die SPD Mitte hat daher beschlossen, Mitgliedern mit Kindern die Teilhabe am Parteileben zu ermöglichen, indem sie die Kinderbetreuungskosten übernimmt, die ihnen durch die Teilnahme an Parteiveranstaltungen entstehen. Sie organisiert bei größeren Veranstaltungen entweder selbst eine zentrale Kinderbetreuung vor Ort oder übernimmt bis zu einem Höchstbetrag von 10,00 Euro pro Stunde die Kosten für einen Babysitter, der die Kinder zu Hause betreut. Damit soll zumindest die finanzielle Hürde, um am Parteileben teilzuhaben, abgebaut werden. Dieses Angebot der SPD Mitte gilt für alle ihre Gliederungen, also für alle Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, also auch alle GenossInnen der 16. Abteilung.

Wenn ihr an Veranstaltungen der Abteilung teilnehmen wollt und dafür eine Kinderbetreuung in Anspruch nehmen wollt, meldet euch beim Abteilungsvorstand! Neben der Finanzierung der Kinderbetreuung versucht die SPD Mitte auch durch organisatorische Angebote, Eltern am Parteileben teilhaben zu lassen. So sollen etwa in allen Gliederungen sogenannte Elternpatinnen und -paten den Kontakt zu den Mitgliedern halten, deren Kinder noch zu klein sind, um sie auf Abendveranstaltungen einem Babysitter zu überlassen. Auch soll die Vernetzung unter den Eltern in der SPD Mitte gefördert werden, um nach weiteren Wegen zu suchen, Beruf, Familie und Parteileben miteinander in Einklang zu bringen.

Wenn ihr am Patensystem der Abteilung teilnehmen wollt oder euch mit anderen GenossInnen mit Kindern vernetzen wollt, könnt ihr euch ebenfalls an den Abteilungsvorstand wenden. Wir werden dann die nötigen Kontakte herstellen!

Das Konzept zur Partizipation von Eltern in der SPD Mitte findet ihr unter diesem Link:
<http://spd-berlin-mitte.de/2015/01/13/spd-berlin-mitte-bietet-kinderbetreuung-fur-all-ihre-veranstaltungen-an/>

Wenn ihr Fragen habt, schreibt eine Mail an: Andreaswiedermann@gmail.com

DU BIST JUNG UND MÖCHTEST DICH POLITISCH ENGAGIEREN?

Dann komm zu den Jusos!

Die Jusos sind die Arbeitsgemeinschaft junger Menschen in der SPD. Die Jusos im Bezirk Mitte treffen sich meistens am 1. und 3. Mittwoch im Monat um gemeinsam zu diskutieren und politische Projekte voranzubringen.

INTERESSE?

Dann melde dich unter info@jusosmitte.de

Infos über uns und unsere Projekte findest du auch auf unserem Blog unter www.jusosmitte.de.

KDV BESCHLIESST UMFASSENDEN ANTRAG DER PROJEKTGRUPPE FRIEDENSPOLITIK NEUE IMPULSE FÜR EINE SOZIALDEMOKRATISCHE AUSSENPOLITIK

VON MATHIAS SCHULZ UND BETTINA SCHULZE

Müssen deutsche Waffenlieferungen und -exporte strenger geregelt werden? Sollte sozialdemokratische Friedenspolitik militärische Einsätze ausschließen? Und welche Folgen hat unsere Rohstoffpolitik für Konflikte in anderen Ländern? Wie soll unser außenpolitischer Kompass aussehen?

Die Projektgruppe Außen- und Sicherheitspolitik hat sich in vielen Sitzungen mit genau diesen Fragen beschäftigt. Sie wurde im Mai 2014 von der Kreisdelegiertenkonferenz (KDV) auf Initiative der Jusos von der SPD Mitte mit dem Ziel eingesetzt, einen Antrag für eine sozialdemokratische Außenpolitik zu entwickeln. Insgesamt 10 mal hat sich die Gruppe unter der Leitung von Frank Boermann, Mathias Schulz und Bettina Schulze getroffen und mit unterschiedlichen Referenten zentrale Themen der internationalen Politik diskutiert. Von der zivilen Konfliktprävention mit Marius Müller-Hennig, über die Folgen von Auslandseinsätzen am Beispiel Mali mit Jan H. Fahlbusch (FES Mali) bis hin zur internationalen Rohstoffpolitik mit Michael Reckord (von der NGO PowerShift e.V.).

Der daraus entstandene Antrag ist am 9. Mai auf der Kreisdelegiertenversammlung mit großer Mehrheit beschlossen worden. Er hat den Anspruch einen Beitrag für den Diskurs um die Bedeutung von Verantwortung der deutschen Politik in der internationalen Gemeinschaft leisten. Er fordert eine Neujustierung des sozialdemokratischen außenpolitischen Kompasses: Die europäische Integration und das transatlantische Verhältnis bleiben für deutsche und europäische Friedenspolitik zentral, aber gelingende, globale Friedenspolitik muss neue regionale und globale Mächte weltweit anders sehen als bisher. Im Bereich Rüstungspolitik fordert der Antrag eine klare Abkehr von Waffenlieferungen und -exporten sowie die Ächtung jeglicher Kampfdrohnen.

Im Bereich Entwicklungszusammenarbeit wird gefordert, dass Deutschland endlich seiner Verantwortung nachkommt und 0,7 % seines Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit ausgibt. Nicht zuletzt fordert der Antrag, dass deutsche Unternehmen im Ausland mehr Verantwortung für Menschenrechts- und Umweltstandards übernehmen.

Der Antrag kann auf der Website der SPD Mitte heruntergeladen werden. Er wird nun auf dem nächsten Landesparteitag behandelt. Als Projektgruppenverantwortliche wünschen wir uns, dass wir die Debatte um die Ausrichtung der SPD als wirkliche Friedenspartei weiter voran zu treiben.



EIN FILM- UND DISKUSSIONSABEND IM ZEICHEN DER FLÜCHTLINGE ANGEKOMMEN IN BERLIN UND NUN?!

VON JULIA PLEHNERT UND BETTINA SCHULZE

Das aktuelle Asylbewerberleistungsgesetz sieht für Flüchtlinge kaum Möglichkeiten zur Integration in Deutschland vor. Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, sehr restriktive Regelungen zur Arbeitsaufnahme und eingeschränkte Gesundheitsversorgung prägen den Alltag der Flüchtlinge. Wir haben uns vorgenommen, diese Verhältnisse zu diskutieren und dabei mit dem Medium Film einen besonderen Einstieg zu wählen.

Der Filmabend am 4. Februar 2015 im Sprengelhaus, den die 16. und 23. Abteilung gemeinsam organisiert hatte, begann mit dem Film „7 Tage unter Flüchtlingen“ sehr eindrucksvoll. Der Film zeigte den Alltag in einem Flüchtlingsheim in Norddeutschland und die Perspektive der dort aufgenommenen Flüchtlinge. Die Erfahrungen der Geflüchteten, die in dem Film geschildert wurden, dienten als Einstieg für die politische Diskussion unseres Abends. Danach diskutierten wir mit Dr. Monika Lüke (damals Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats) und Manfred Nowak (Kreisvorsitzender AWO Berlin-Mitte) über die aktuelle Situation in Berlin, das zivilgesellschaftliche Engagement in unserem Bezirk und anderen Stadtteilen Berlins.

In der durchaus belebten Diskussion gab es viele BefürworterInnen für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie Forderungen nach der Verbesserung der Lebensverhältnisse von Flüchtlingen in nahezu allen Bereichen. Gelobt wurde das große Engagement vieler ehrenamtlicher Initiativen wie „Wedding hilft“ oder „Moabit hilft“, aber auch der AWO. Politisch muss auf allen Ebenen viel mehr getan werden, um Flüchtlinge willkommen zu heißen und zu unterstützen. Unser Abend hat hoffentlich einen kleinen Beitrag dazu geleistet.



GEMEINSAM GEGEN HOMO- UND TRANSPHOBIE

VON ANNE BOHNET (AG SCHWUSOS) BETTINA SCHULZE

Diskriminierung von Homosexuellen und Trans*personen ist Alltag. Das zeigt nicht zuletzt der Gewaltvorfall auf dem Sparrplatz. Zwei lesbische Frauen wurden dort beleidigt und körperlich angegriffen. Dieser Form der Gewalt müssen wir entschieden entgegen treten. Nirgends darf diese Form der Ausgrenzung und Gewalt Akzeptanz finden.

Als Abteilung folgten wir deshalb am 17. Mai dem Aufruf zur Kundgebung im Rahmen des Internationalen Tages gegen Homo- und Trans*phobie (IDAHOT). In drei sehr eindrucksvollen Reden wurde auf der Kundgebung dargestellt, wie wichtig die Arbeit von vielen Initiativen ist, sich für die Rechte von Homosexuellen und Trans*personen einzusetzen. So hilft das Projekt MANEO beispielsweise schwulen und bisexuellen Männern, die von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Sie nehmen die Ängste und Sorgen von Gewaltopfern und Zeugen auf und beraten und begleiten in schwierigen Situationen. Sie vermitteln Kontakte zu erfahrenen Rechtsanwältinnen, Ärzten oder weiteren Einrichtungen und vieles mehr.

Solche Projekte dürften nicht allein gelassen werden. Politisches Handeln ist gefragt. Weltweit werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierungen von Diskriminierung und Verfolgung bedroht. In 10 Ländern werden Menschen, die in der Öffentlichkeit ihre Zuneigung zueinander zeigen, mit dem Tode bestraft. Die „Gesetze gegen homosexuelle Propaganda“ in Russland liefern junge engagier-

te Menschen einem homophoben Mob ohne Aussicht auf Unterstützung durch die Zivilgesellschaft aus.

Die Anzahl der homophoben Übergriffe liegt auch in Berlin auf hohem Niveau. Im Jahr 2014 nahm das Anti-Gewalt Projekt MANEO 474 neue Fälle und Hinweise entgegen (2013: 500; 2012: 474) Davon hatten laut MANEO 225 Fälle einen homophoben und trans*phoben Hintergrund (2013: 259; 2012: 202). Diese Entwicklung darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden, denn die Dunkelziffer ist sehr hoch. Nur etwa 10-20% aller Fälle, die im Zusammenhang mit Homophobie und Trans*phobie stehen, werden überhaupt gemeldet. Auch in Medien und dem eigenen Lebensumfeld ist die Diskriminierung von homosexuellen Menschen und Trans*personen präsent, ein neuer gesellschaftlicher „Rollback“ wird gerade durch Parteien wie die AfD und ihre Hetze gegen andere Lebensentwürfe voran getrieben.

Hier heißt es Zivilcourage zeigen und einschreiten, mitdiskutieren und den Gegnern gesellschaftlicher Vielfalt nicht das letzte Wort lassen. Wir streiten gemeinsam für eine Gesellschaft, in der Diskriminierung keine Chance hat.



GESCHICHTE IST NIEMALS VERGESSEN

VON BETTINA SCHULZE UND JULIAN ZADO

Am 24. April – dem Jahrestag des Massakers des Osmanischen Reichs – an den Armeniern wurde auf der ganzen Welt, und insbesondere auch in Deutschland, diesem Ereignis gedacht. Zugleich wurden Stimmen laut, die forderten, dass die Türkei diese Verbrechen als „Völkermord“ anerkennen müsse. Dies ist ein Begriff, den die türkische Regierung in diesem Zusammenhang strikt nicht verwendet wissen will, obwohl sie die Taten an sich nicht abstreitet. Die Debatte in Deutschland konzentrierte sich fortan auf die Frage, ob die Bundesregierung offiziell von „Völkermord“ sprechen müsse. Die mehrheitliche Meinung der Öffentlichkeit war: Was Realität war, muss auch so benannt werden. Es war ein Völkermord, also muss es auch Völkermord genannt werden. In einem Antrag der Bundesregierung zum Völkermord ist darüber hinaus formuliert: Der Völkermord in Armenien steht „beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist“.

Insbesondere Deutschland muss aufgrund seines beispiellosen historischen Verbrechens dafür sorgen, dass die politische Verantwortung für historische Vergehen übernommen wird. Doch soweit sich die politischen KommentatorInnen in der Frage des Völkermords an den Armenien auch aus dem Fenster lehnten, auf den Umgang Deutschlands mit historischen Fakten schauen sie nicht immer. Eine Ausnahme waren hier die Tagesthemen. In ihrem Kommentar wiesen sie darauf hin, dass Deutschland den Mord an den 70.000 Herero 1904 bis 1908 auch weiterhin nicht als Völkermord bezeichnet.

Was hat das alles mit dem Wedding zu tun? Auch im Wedding, genauer gesagt im ‚Afrikanischen Viertel‘, gibt es immer noch Straßen, die nach Kolonialverbrechern benannt sind. Einer von Ihnen, Carl Peters, nach dem die Petersallee benannt wurde, schreckte auch vor massiver Gewalt gegen die Bevölkerung nicht zurück und ließ viele Menschen umbringen. Nach dem Berliner Straßengesetz werden diese Straßen nicht einfach benannt. Nein, die Namensgeber werden mit der Benennung geehrt. Deutschland ist angehalten, besonders kritisch mit seiner Geschichte umzugehen. Dass was Deutschland von der Türkei einfordert, muss endlich auch für die eigene Kolonialgeschichte gelten.

INFOBOX

Die Projektgruppe ‚Afrikanisches Viertel‘ beschäftigt sich auf Veranstaltungen und Exkursionen ständig mit der Geschichte im Afrikanischen Viertel und fordert seit Jahren die Umbenennung von Straßen. Neue Aktive sind sehr willkommen. Für nähere Infos meldet euch einfach unter julianzado@gmail.com

ZIRKUSFLAIR AM SPARRPLATZ

VON SASCHA SCHUG

Am 30. April wurde der Spielplatz am Sparrplatz wieder eröffnet und von den Kindern wieder in Besitz genommen. Vorausgegangen war eine mehrmonatige Abspernung, Baumaßnahmen und Anfangs auch einige Irritationen.

Es war nicht sofort ersichtlich gewesen, warum der Platz abgesperrt war und ob er den auch ausreichend sicher abgesperrt war. Diese Irritationen konnten aber ausgeräumt werden und mit der Zeit wurde allen BeobachterInnen klar das der Spielplatz neu gestaltet wird. Möglich wurde dies durch das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm des Senats.

Es ist dem Bezirksamt hoch anzurechnen, das der Bezirk Mitte alle zur Verfügung stehenden Mittel auch abrufen konnte. Am Sparrplatz wurden 70.000€ ausgegeben, insgesamt konnte der Bezirk für 14 Spielplätze rund 700.000€ ausgeben.

Entstanden ist eine bunte Zirkuswelt, die sicherlich ihre jungen BenutzerInnen finden wird.



KINDERFARM WECHSELT TRÄGER

VON ANDREAS WIEDERMANN

Seit Anfang der 1980er Jahre befindet sich auf dem grünen Dreieck zwischen Trift- und Luxemburger Straße die Weddinger Kinderfarm. Seit über drei Jahrzehnten übernehmen Kinder zwischen 6 und 14 Jahren auf dem Gelände Verantwortung und lernen den Umgang mit Tieren sowie die Praxis demokratischer Mitbestimmung. Unsere Abteilung ist mit diesem Projekt eng verbunden. Die Kinderfarm wurde unter maßgeblicher Unterstützung aktiver Genossinnen und Genossen gegründet. Die Bedeutung dieses erfolgreichen Projekts und des benachbarten Abenteuerspielplatzes Telux hat schließlich sogar dazu geführt, dass unsere Abteilung heute Grünes Dreieck heißt. Seit Beginn an haben wir über alle Umbrüche hinweg, die die 16. Abteilung und ihre Vorgängerabteilungen erlebt haben, die Weddinger Kinderfarm aktiv und politisch begleitet und unterstützt. Nicht selten musste dabei, insbesondere während der ersten Jahre, um den Fortbestand des Projekts gekämpft werden. Heute ist die Kinderfarm nicht nur allseitig akzeptiert, sie ist ein fester Bestandteil des kinder- und jugendpädagogischen Angebotes des Bezirks Mitte, auf das niemand mehr verzichten will. Das war ein langer Weg! Doch nun steht die Kinderfarm vor einer neuen Herausforderung. Der Bezirk hat dem Träger des Projekts, dem Weddinger Kinderfarm e. V., zu Ende März dieses Jahres gekündigt. Für viele sicher ein Schock als sie das hörten. Was ist passiert?

Der Bezirk, der die Kinderfarm mit jährlich über 150.000 Euro fördert, hat vom Trägerverein keine Verwendungsnachweise über die Mittel erhalten, die er ihm 2013 und in den Folgejahren zur Verfügung gestellt hat. Trotz mehrmaliger Fristverlängerungen ist der Verein dieser gesetzlichen Verpflichtung bis heute nicht nachgekommen. Da das Bezirksamt nur Träger mit Steuermitteln fördern darf, die ihren Verpflichtungen nachkommen, hat das Jugendamt nun das Ziel, einen neuen Träger für die Kinderfarm zu finden, der das Projekt mit demselben pädagogischen Konzept und soweit möglich mit demselben Personal weiter führt. Eine dementsprechende Ausschreibung ist seitens der Verwaltung bereits veröffentlicht worden. Das Ziel des bisherigen Trägervereines ist dagegen nicht durchschaubar. Er droht mit Klagen und will den Betrieb weiter führen trotz Kündigung und fehlender bezirklicher Zuwendungen.

Für uns als Abteilung sind diese Entwicklungen sehr bedauerlich. Warum gefährdet der Trägerverein nun selbst nach 30 erfolgreichen Jahren die Kinderfarm durch die Verweigerung der Beibringung der Verwendungsnachweise seit 2013? Jeder Träger, der öffentliche Mittel, also

Steuergelder, erhält, muss auch belegen, was er mit diesen Mitteln macht. Dieser Verpflichtung kann und darf sich niemand entziehen! Das Verhalten des Trägervereins ist nicht nachvollziehbar.

Vor diesem Hintergrund muss es unser Ziel sein, den Wechsel des Trägers so zu gestalten, dass das Projekt selbst nicht in gefährdet wird. Das könnte allerdings schwierig werden, denn auch wenn die Fläche des Grünen Dreiecks dem Bezirk gehört, die Tiere gehören dem Verein und die Besitzverhältnisse der Gebäude auf dem Gelände sind strittig. Der ganze Übergang könnte also durch langwierige Gerichtsverhandlungen überschattet werden. Der Abteilungsvorstand und unsere Bezirksverordneten werden durch Gespräche mit den beteiligten Personen versuchen, eine weitere Eskalation zu vermeiden. Auch wenn das nicht einfach wird, gibt es durchaus Grund zum Optimismus. Denn trotz aller aktuellen Probleme stehen die Chancen gut, dass die Weddinger Kinderfarm weiter bestehen wird und ihre Erfolgsgeschichte fortsetzen kann. Denn nach 30 Jahren gibt es heute einen überparteilichen politischen Willen, das Projekt zu erhalten. Das ist auch ein Erfolg unserer Abteilung. Dass dieser Erfolg Bestand hat, dafür wird sich die 16. Abteilung weiter einsetzen!

FRÜHJAHRSEMPFANG DER SPD MITTE

VON MARTINA MATISCHOK

Die SPD-Fraktion lud zum Frühjahrsempfang am 14.03.2015 Gäste u. a. aus dem Gesundheitswesen, der Kinder- und Jugendarbeit, der Wirtschaft, aus Sportvereinen, Kultureinrichtungen und Sozialverbänden ein. Unter den Gästen befanden sich Politikerinnen und Politiker aus Bund, Land und anderen Bezirken, u. a. der Präsident des Abgeordnetenhauses Ralf Wieland, die Abgeordnete Bruni Wildenhein-Lauterbach und Thomas Isenberg, die Bundestagsabgeordnete Eva Högel und die Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann.

Durch den Vormittag führte moderierend der stellvertretende Fraktionsvorsitzende H. G. Mahr.

Neben der Rede der Fraktionsvorsitzenden Martina Matischok sprachen der Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, die Stadträtin für Jugend, Schule, Sport und Facilitymanagement Sabine Smentek, der Landesvorsitzende Jan Stöß und der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus Raed Saleh zu den Gästen.

Für Unterhaltung sorgte die Gesangs- und Showeinlage der „Schlitzohren“, die mit Altberliner Texten u.a. „Das ist die Berliner Luft“ und „Mensch du hast ne Zillefigur“ kabarettistisch für eine lockere Stimmung sorgten.
<http://kreativhaus-berlin.de/web/kabarett-die-schlitzohren>

Mit dem internationalen Frauentag am 08.03 und dem Equal Pay Day am 21. 03 bietet der Monat März zwei wichtige Tage, über Gleichstellung nachzudenken und damit auch weiter zu denken. Die SPD Fraktion nahm dies zum Anlass, auf dem diesjährigen Frühjahrsempfang Gleichstellung zum Thema zu machen. Zu diesem Zweck wurden Elemente der Leitbildkampagne der Senatsverwaltung für Arbeit, Wirtschaft, Frauen und Integration „Gleichstellung im Land Berlin“ angeboten. Die Gäste konnten eine Fotobox, eine Memospielwand und ein Glücksrad versuchen, die im Zeichen der Geschlechtergerechtigkeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern in ganz unterschiedlichen Bereichen warben. Eigene Gedanken dazu konnten in einem ausgelegten Gästebuch niedergeschrieben werden.
<http://www.berlin.de/gleichstellung-weiter-denken/>

Der Themenflyer „Versprochen – Gehalten. Aktiv für Frauen in Berlin-Mitte.“ informierte über Initiativen der SPD Fraktion zum Thema.

In vielen Gesprächen konnten alte Kontakte vertieft und neue Kontakte geschlossen werden. Mit Anregungen, Empfehlungen, Lob und Kritik werden wir uns auseinandersetzen und unsere weiteren Initiativen entsprechend an den Ergebnissen ausrichten.



TEAMBUILDING IN DER BVV-FRAKTION

VON MARTINA MATISCHOK

Am 18.04.2015 fanden sich die Mitglieder der SPD Fraktion, die Bezirksamtsmitglieder Christian Hanke und Sabine Smentek und einige Bürgerdeputierte teils neugierig, teils verunsichert zu einer ungewöhnlichen Fraktionssitzung in den BVV Saal Mitte ein. Verunsichert deshalb, weil nicht bekannt war, welcher Ablauf zu erwarten war. Nur eins war klar: Eine Teambildende Maßnahme sollte es sein.

Thorsten Lütke bereitete zum Zwecke des Teambuildings akribisch eine BVV-Sitzung vor. Dabei fehlte es nicht an der üblichen Tagesordnung gespickt mit ernsthaften und witzreichen Drucksachen (Mündliche und Große Anfragen, Dringlichkeiten, Anträgen, Beschlussempfehlungen...). Es wurden fünf Fraktionen (Fraktion A-E) gebildet. Die Rolle des Bezirksamtes übernahmen die Bezirksamtsmitglieder. Aufgaben über Aktionen oder Verhaltensweisen wurden an Einzelne verteilt, die es aber geheim zu halten galt.

Wie auch in der Realität begann die Vorbereitung der BVV in den einzelnen Fraktionssitzungen. Es kam zu Abstimmungsgesprächen innerhalb der jeweiligen Fraktionen, unterbrochen durch Mitglieder anderer Fraktionen, die ebenfalls die Abstimmung zu einzelnen Drucksachen suchten. Erschwerend kam hinzu, dass daneben Dringlichkeiten und Änderungsanträge noch formuliert und teils abzusprechen waren. Wie also auch im wahren BVV Leben war der Zeitdruck enorm: Hektik, Hetze, Adrenalin pur! Dies auch deswegen, weil alle ernsthaft, wenn auch belustigt, „mitspielten“.

Der BVV Vorsteher H.G. Mahr sorgte dafür, dass eine zeitliche Ausweitung nach hinten unmöglich wurde. Mit Glockenschlag fanden sich alle im BVV Saal ein, setzten sich in die Reihen der jeweiligen Fraktionen und übernahmen ihre Aufgaben. Begonnen wurde mit der Antwort aus dem Bezirksamt und anschließend aus den Fraktionen zu Bürgeranfragen. Es ging dann weiter in der üblichen Reihung der bekannten Tagesordnung der BVV Mitte. Die Bezirksamtsmitglieder standen Rede und Antwort, je nach Fraktion für die Einen applaudierend gut, für die Anderen dazwischenrufend unmöglich. Bezirksverordnete diskutierten, stellten Fragen an das Bezirksamt, nahmen Wortbeiträge aus anderen Fraktionen und der Bezirksamtsmitglieder wohlwollend oder kritisch hinterfragend „auseinander“. Es wurde auf die Tische geklopft, geklatscht, bestärkend Wort ergriffen. Es wurde gebuhrt, unsachlich und sachlich dazwischen gerufen, „ausgelacht“, angelacht, mitgelacht. Abstimmungsergebnisse wurden angezweifelt, Nachzählen war erforderlich. Alles was sitzungsverlängernd möglich war, wurde auch in dieser spielerisch dargestellten BVV, tatsächlich erforderlich. Selbstverständlich, weil realitätsnah, musste auch der Ältestenrat einberufen werden.

Bei allem Spaß, den diese Teambildende Maßnahme mit sich brachte, war erstaunlicherweise jede Einzelne und jeder Ein-



zelne aber immer, wenn auch parodierend und mit Wortwitz in der Aussage, bei der Sache. Eine gelungene Veranstaltung, die nicht nur Spaß machte und die Lachmuskulatur stark beanspruchte, sondern viel mehr bewirkte. So kam es zu neuen Erkenntnissen und neuer Energie, um tatkräftig die weitere Wahlperiode kommunalpolitisch gemeinsam zu gestalten, aber auch zu einem besseren Verständnis anderer Fraktionen und deren Reaktionen.

Das Rollenspiel „BVV mal anders“ als Teambildende Maßnahme hat Handlungsgegebenheiten nachstellbar möglich gemacht und uns damit Schritte für neue Handlungsaspekte gezeigt. Durch die Darstellung jeder Einzelnen und jedes Einzelnen von lebensnahen, teils bekannten Verhaltensweisen in einer spielerischen Natur, andererseits aber aus der Beobachtungsperspektive heraus, wurde die Selbst- und Fremdbeobachtungsfähigkeit geschult. Gleichzeitig wurde auch die vorhandene Sprachfähigkeit aller an der Teambildenden Maßnahme Mitmachenden herausgestellt bzw. verstärkt. Dies insbesondere durch das erforderliche freie Improvisieren. Selbstsicheres Verhalten wurde forciert. Nicht zu unterschätzen dabei ist eine weitere neue gemeinsam spielerisch gemachte Erfahrung, die der Stärkung des Wir-Gefühls dienlich ist.

Herauskristallisiert hat sich ganz klar: WIR, die Mitglieder der SPD Fraktion, die SPD-Bezirksamtsmitglieder und die auf Vorschlag der SPD Fraktion gewählten Bürgerdeputierten in der BVV Berlin Mitte sind offen, flexibel, kooperativ, vielseitig interessiert und lösungsorientiert.

WIR sind Akteure auf der politischen Bühne. Dies alles sowohl eigenständig als auch im Team jeweils in den unterschiedlichsten „Rollen“ unabhängig davon, ob aktiv teilnehmend oder beobachtend.

WIR sind die SPD Fraktion in der BVV Mitte und als Einheit neuen Methoden gegenüber aufgeschlossen.

INTERKULTURELLES FUSSBALL- TURNIER IM WEDDING

VON NIKOLAUS KILIAN

Das 6. Interkulturelle Fussballturnier fand am 13.06.2015 von 10 - 18 Uhr statt, wie immer wurde es organisiert von NARUD e. V. Das Motto dieses Jahres war „Solidarität mit Flüchtlingen - Jetzt!“ Vor Ort waren neben Fußballmannschaften aus allen möglichen Kreisen im Wedding auch bekannte Gesichter der SPD-Fraktion der BVV Mitte, Martina Matischok und Regina Schilf. Natürlich war auch unsere Fußballmannschaft auf dem Platz, der Rote Stern 06 spielte unter anderem gegen die Mannschaft der Grünen (wir gewannen natürlich) und gegen die der Polizei.

Insgesamt war es ein schönes Turnier, das gut organisiert war und in den letzten Jahren immer weiter gewachsen ist. Dieses Jahr waren es in acht Gruppen je sechs Mannschaften. Es spricht für NARUD e. V., das Turnier ist in seiner sechsten Auflage eine feste Größe im Kalender der jährlich stattfindenden Turniere.



FAUSTBALLTURNIER IM SCHILLERPARK – 30. WEDDING CUP

VON MARTINA MATISCHOK



Mitte Dr. Christian Hanke. Wir hätten ihn gerne über das Spielfeld rennen und nach den Regeln pfeifen gesehen. Stattdessen konnten wir später andere interessante Spiele verfolgen.

Es konnte sichergestellt werden, dass wir ab Samstagnachmittag den Spielen zusehen und den Sieg-Teams Pokale und andere Sachgewinne überreichen konnten.

Für die Fraktion zugegen waren die Fraktionsvorsitzende Martina Matischok und der Sportpolitische Sprecher Martin Schöpe. Verstärkt wurden wir durch die Stadträtin für Jugend, Schule, Sport und Facility Management Sabine Smentek und die Wahlkreisabgeordnete Bruni Wildenhein-Lauterbach, die mittlerweile in Tradition den Wanderpokal übergab.

Seit dem Jahr 1986 wird das Faustballturnier im Wedding durch die Faustballabteilung der Berliner Turnerschaft ehrenamtlich ausgerichtet. Begonnen hat alles am Nordufer, wo im Startjahr 25 Mannschaften um den 1. Wedding Cup spielten. 25 Teams - damals als grandios betrachtet - wirkt heute verglichen mit dem Erfolg dieses Turniers der letzten Jahre doch wenig.

Seit vielen Jahren handelt es sich um das größte Faustballturnier der Welt.

Am 18. und 19. April 2015 fand der 30. Wedding-Cup seit 1988 nunmehr traditionell auf der Spiel- und Sportwiese vor der Burgruine im Schillerpark statt.

Auf 20 Spielfeldern spielten im neuen Rekord 270 Teams im Alter von acht bis siebzig. Jungen wie Mädchen, Männer wie Frauen spielten in ihren jeweiligen Altersklassen gegen Damen- und Herrenmannschaften u. a. aus dem Freizeitbereich, dem Vereinssport und gegen Bundesligisten und Faustballweltmeisterinnen und Faustballweltmeister.

Wegen Terminüberschneidung konnten die Mitglieder der Fraktion leider nicht wie in den Jahren zuvor der Eröffnung beiwohnen und Grußworte an die Spielerinnen und Spieler richten.

Verpasst hatten wir daher leider auch das Eröffnungsspiel, welches mit Startpfeiff um 11.00 Uhr begann. Es spielten eine Freizeitgruppe erstmals gegen Spielerinnen und Spieler aus den Reihen der BVV. Schiedsrichter dieses Turniers war der Bezirksbürgermeister von Berlin

Eindrücke vom Faustballturnier (Video):

Tag 1:
<http://www.hauptstadtsport.tv/der-30-wedding-cup-2015-tag-i/>

Tag 2:
<http://www.hauptstadtsport.tv/der-30-wedding-cup-2015-tag-ii/>

Im nächsten Jahr sind wir wieder dabei, wenn es dann heißt: Faustball non-stop am 16. & 17.04.2016.

WOHNEN BLEIBT BEZAHLBAR – DIE MIETPREISBREMSE KOMMT

VON EVA HÖGL

Immer mehr Leute zieht es zum Leben und Arbeiten in Ballungszentren und Großstädte. Allein in Berlin wird ein Zuwachs von einer Viertelmillion Menschen bis 2030 erwartet. Das heißt auch, immer mehr Menschen suchen immer knapper werdenden Wohnraum.

Die Konsequenzen sind bereits heute spürbar: die Mieten steigen rasant und Wohnen wird immer mehr zum Luxus. Langjährige Mieterinnen und Mieter fürchten, ihre Kieze verlassen zu müssen. Berlin-Mitte, wie beispielsweise der beliebte Sprengelkiez, ist davon besonders betroffen.

Damit ist künftig Schluss! Denn Anfang Juni tritt die Mietpreisbremse in Kraft. Bei Neuvermietung dürfen Mieten nur noch um höchstens 10 Prozent gegenüber der ortsüblichen Vergleichsmiete angehoben werden. Das wird in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten gelten, die von den Ländern bestimmt werden. Der Berliner Senat wird das gesamte Stadtgebiet als angespannten Wohnungsmarkt ausweisen.

Berlinweit gehören Mietsteigerungen von mehr als 30 oder 40 Prozent damit der Vergangenheit an. Mieten bleiben auch für Normalverdiener bezahlbar. Hunderttausende von Mieterinnen und Mietern werden hiervon profitieren. Das ist ein großer Erfolg, weil wir damit eines unserer Hauptprojekte aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt haben.

Zudem haben wir das Bestellerprinzip im Maklerrecht durchgesetzt. In Zukunft gilt: Wer den Makler bestellt, der bezahlt ihn auch. In den allermeisten Fällen ist das der Vermieter. Auch hiervon werden Hunderttausende von Mieterinnen und Mietern profitieren.

Mietpreisbremse und Bestellerprinzip zeigen: Die SPD ist die Partei der Mieterinnen und Mieter und setzt sich erfolgreich dafür ein, dass Wohnen bezahlbar bleibt.

WISST IHR EIGENTLICH, WO IHR WOHNEN?

VON SUSANNE FISCHER

Bei einem der beiden Kieze unseres Abteilungsgebietes ist die Frage ganz einfach zu beantworten: Brüsseler Kiez (oder Belgisches Viertel), nach der Brüsseler Straße, die nach der Stadt benannt wurde. Hat inzwischen ja einen netten europäischen Klang.

Aber der Sprengel Kiez? Benannt nach der Sprengelstraße, klar. Woher die ihren Namen hat?

Wie so viele Straßen in Berlin nach einem Mann, der diesen Namen trug. Sprengel gab es einige, darunter viele Wissenschaftlicher. Unsere Straße ist nach Christian Konrad Sprengel benannt. Er wurde am 22. September 1750 in Brandenburg an der Havel geboren und starb am 7. April 1816 in Berlin, wo er auch lebte. Sprengel war Theologe, Naturkundler und Botaniker. Er war Lehrer in Berlin und Rektor in einem Gymnasium in Spandau (weswegen es auch in Spandau eine Sprengelstraße gibt). Nach einem Botaniker ist übrigens auch die Willdenowstraße im Kiez benannt (die es auch in Dahlem im Bereich der FU ein zweites Mal gibt). Eine Forschungsleistung von Herrn Sprengel war die Erkundung der Bestäubung von Blüten und die damit zusammenhängenden Wechselbeziehungen von Pflanzen und Insekten (flapsig ausgedrückt: die Blümchen und die Bienchen). Er war damit einer der Begründer der modernen Blütenökologie. Dafür kann man schon geehrt werden.

Bei all den berühmten Sprengels findet sich übrigens auch eine Frau: Auguste Sprengel. Sie wurde am 9. August 1847 in Waren geboren und starb am 21. Oktober 1934 in Berlin-Friedenau. Auguste war eine Erzieherin und die Begründerin der deutschen Frauenschulbewegung. So gründete sie die erste deutsche Frauenschule in Berlin im Jahre 1904, die ausschlaggebend für die „Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens“ in Preußen war. Auch das wäre eigentlich eine Ehrung wert. Vielleicht sollten wir darüber mal diskutieren.



MIETENENTWICKLUNG BEI UNS IM KIEZ SPRENGELKIEZ – EIN SZENEKIEZ?

VON NIKOLAUS KILIAN

Gentrifizierung ist ein Schlagwort, das inzwischen wohl jede und jeder von uns kennt. Aber wie sieht Gentrifizierung aus, was bedeutet sie für uns? Ein Blick in den Sprengelkiez zeigt die Nachteile aber auch die Vorteile (ja, es gibt sie) der Entwicklung.

Die Kneipenkultur im Kiez hat sich stark verändert, in den letzten Jahren. Viele neue Kneipen haben geöffnet, einige davon sind schon zentrale Punkte im Kiezleben geworden. Schöne Vielfalt im Sprengelkiez. Auch alte Größen im Gastro-Bereich wie das Eschenbräu oder das auszeit sind Motor dieser Entwicklung. Wir haben im Sprengelkiez die Qual der Wahl, wenn es darum geht, in gemütlicher oder auch in hipper Umgebung ein Bier zu trinken oder etwas zu essen. Auch der Weddingmarkt, der dieses Jahr wieder sehr oft am verkehrsberuhigten Nordufer stattfindet, verändert das Bild und die öffentliche Wahrnehmung des Kiezes. Immer mehr Menschen, oft junge Erwachsene, kommen in den Sprengelkiez und verbringen hier Zeit, geben nicht zuletzt auch hier ihr Geld aus. So viel zu den schönen Seiten der Veränderung.

Als negativ ist ohne Zweifel die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt anzusehen. Alle, die in den letzten zwei, drei Jahren eine Wohnung gesucht haben, kennen das entwürdigende Konzept einer Besichtigung. Schlangen bis ins Treppenhaus, oder gar bis hinunter auf die Straße, selbst bei Wohnungen im vierten OG. Alle geben ihre Bewerbung ab, der Zustand der Wohnung ist dabei schon fast egal. Und: die Mieten werden immer höher, insbesondere in beliebten Gebieten, wie dem Sprengelkiez. Wir drohen, mit dieser Entwicklung die soziale Durchmischung im Sprengelkiez sehr stark zu verändern.

Der Preis pro Quadratmeter in einer neu vermieteten 60 qm Altbauwohnung mit mittlerer Ausstattung im Sprengelkiez liegt derzeit laut Mietspiegel 2015 bei 5,80 €, eine andere Untersuchung des Bundesinstituts für Bau- Stadt- und Raumforschung sieht den angebotenen Preis bei bis zu 30% drüber. Das ist nach eigener Erfahrung und Recherche auch eher realistisch, Preise bis 10€ pro Quadratmeter sind keine Seltenheit bei uns in den Kiezen.

Wenn sich Wohnungen im Sprengelkiez bald nur noch Gutverdienende oder Wohngemeinschaften leisten können, droht sich das Gesicht des Sprengelkiezes auch abseits von Kneipenkultur und Markt zu verändern. Die Verdrängung weniger wohlhabenderer Schichten hinaus aus dem Sprengelkiez darf nicht das Ergebnis der zum Teil auch begrüßenswerten Entwicklungen im Sprengelkiez sein.

Gegen diese Entwicklung müssen wir als Sozialdemokratie auch vor Ort etwas tun, weshalb die auf der Wahlprogrammklauseur geplanten Aktionen für diesen Sommer und Herbst sehr zu begrüßen sind. Mietpreisbremse und das faktische Abschaffen der vom Mieter zu zahlenden Courtage sind erste richtige Schritte, aber auch vor Ort müssen wir für die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Kieze ansprechbar sein und unser Wahlprogramm dementsprechend gestalten.

FREIHANDELSANKOMMEN TISA KEINE DEREGULIERUNG DES DIENSTLEISTUNGSSEKTORS!

VON MICHAEL KUHN UND BETTINA SCHULZE

Seit 2013 werden Verhandlungen zwischen der EU, den USA und mittlerweile 22 weiteren Staaten über das internationale Dienstleistungsabkommen TISA (Trade in Services Agreement) geführt. Ziel des Abkommens ist eine Liberalisierung und Deregulierung des Dienstleistungssektors. Die Bedeutung dieses Abkommens zeigt, dass in den Mitgliedsstaaten der EU ca. 75 % der Arbeitsplätze und des Bruttoinlandsproduktes sowie ca. 50% der deutschen Exporte am Dienstleistungssektor hängen. Das Abkommen wird zwei Drittel des weltweiten Dienstleistungsverkehrs regeln. Ein Abschluss der Verhandlungen ist bereits für 2015 vorgesehen.

Trotz seiner großen Bedeutung ist die Öffentlichkeit bisher über den Inhalt des Abkommens kaum informiert worden. Informationen zum Inhalt und den Auswirkungen des Abkommens werden weder von der EU-Kommission noch von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Deswegen herrscht zu Recht großes Misstrauen gegenüber diesem neuen Vertragswerk, das sich in die Reihe weiterer Freihandelsabkommen wie zum Beispiel TTIP und CETA einreicht.

Nach dem was man weiß, hat das Abkommen wesentliche Auswirkungen auf viele Lebensbereiche. Betroffenen sind vermutlich der Bildungs-, Gesundheits- und Finanzsektor, aber auch andere Bereiche der öffentlichen kommunalen Daseinsvorsorge wie die Versorgung mit Wasser und Energie. Privatisierungen könnten erzwungen und ihre Rückgängigmachung verboten werden. Die von vielen Kommunen derzeit geplante Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge könnte daher mit dem Abkommen in Gefahr geraten. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb bereits jetzt Einschränkungen bei den Verhandlungen. Zudem besteht die Gefahr, dass der Datenschutz bei grenzüberschreitendem Verkehr massiv eingeschränkt wird.

Darüber hinaus: Bei von der EU ausgehandelten Verträgen, die konkrete Vorgaben für nationale Gesetzgeber und Verwaltungen enthalten und sich nachhaltig auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger auswirken, darf es keine Geheimverhandlungen geben! Es ist nicht akzeptabel, dass LobbyvertreterInnen der Dienstleistungswirtschaft an den Verhandlungen beteiligt sind, während die nationalen Parlamente, Parteien und Zivilgesellschaften nicht einmal über den Verhandlungsverlauf informiert werden.

Wir haben deshalb als Abteilung in unserem Antrag zur KDV am 9. Mai gefordert, dass alle maßgeblichen Verhandlungsdokumente zeitnah online veröffentlicht werden, damit Abgeordnete und die Öffentlichkeit die Möglichkeit haben, bereits vor Abschluss der Verhandlungen Einfluss zu nehmen. Darüber hinaus haben wir gefordert, dass das Abkommen bestehende Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht in Frage stellen darf. Eine (weitere) Deregulierung des Dienstleistungssektors dürfen wir nicht zulassen.

FLUCHT UND VERANTWORTUNG: FLÜCHTLINGE IN DER AWO

VON MONIKA MÜNZNER

Die Zahlen lassen nicht die Einzelschicksale erkennen, die sich hinter ihnen verbergen, aber sie verdeutlichen die Dimensionen eines gesellschaftspolitischen Themenkreises, der nicht nur unsere Stadt gerade aktuell sehr beschäftigt.

Berlin wird in diesem Jahr geschätzte 20.000 Asylbegehrende aufzunehmen haben. Die Menschen, die aus unterschiedlichen Weltregionen, aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens, den armen Ländern Afrikas und immer auch noch vom Balkan zu uns kommen, werden in derzeit 64 Einrichtungen, darunter in Turnhallen und Tragflughallen betreut. In elf Häusern trägt der AWO Kreisverband Berlin-Mitte die Verantwortung dafür, den Menschen das Lebensnotwendige zu sichern, aber auch dafür zu sorgen, dass ihre Menschenwürde anerkannt wird.

Vor dem Hintergrund des Leitmotivs der Arbeiterwohlfahrt seit ihrer Gründung 1919, nämlich schnell und unbürokratisch zu helfen, bemühen sich 250 Mitarbeiter(innen) in der Betreuung von etwa 3.500 Bewohner(innen) den Nachweis zu erbringen, dass die Grundsätze und Werte der AWO wie Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit nicht nur von den Altvorderen praktiziert wurden, sondern auch und gerade heute in diesem Aufgabenfeld das Handeln bestimmen.

Aufgrund der örtlichen und baulichen Gegebenheiten sind die Arbeits- und Betreuungsbedingungen in den über das gesamte Stadtgebiet verteilten Einrichtungen total unterschiedlich. Im Bezirk Wedding gibt es zwei sogenannte Notunterkünfte, nämlich in derzeit nicht für Schulzwecke genutzten Gebäuden in der Gotenburger Straße und in der Pankstraße. Dort werden derzeit 130 bzw. 100 Personen betreut. Durch Umbaumaßnahmen wird demnächst Platz für weitere Bewohner(innen) geschaffen. Erfreulich ist, dass sich unter dem Titel „Wedding hilft“ ein breites Unterstützungsnetzwerk gebildet hat, unter maßgeblicher Beteiligung vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird die viel zitierte Willkommenskultur hier tatsächlich praktiziert und mit Leben erfüllt. Davon konnte sich kürzlich bei einem Besuch der beiden Einrichtungenauch der Kommissar des Europarates für Menschenrechte überzeugen.

IMPRESSUM

Die Propagandistin ist die Mitgliederzeitung der Abteilung 16 – Grünes Dreieck in Berlin Mitte.

Abgedruckte Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Abteilung oder der Partei wider.

V.i.S.d.P.:
16. Abteilung Grünes Dreieck SPD Mitte
Andreas Wiedermann, Müllerstraße. 163,
13353 Berlin

Chefredaktion:
Nikolaus Kilian, Bettina Schulze
Kontakt: nikolaus.kilian@gmail.com

Layout und Satz: Nike Marquardt

Redaktion und AutorInnen:
Susanne Fischer, Nike Marquardt, Martina Matischok, Monika Münzner, Nikolaus Kilian, Aline Paßlack, Bettina Schulze, Matthias Speidel, Klaus Suchanek, Andreas Wiedermann, Julian Zado

FÜR UNSEREN KIEZ HEISST GEGEN SPIELHALLEN

VON ILKIN ÖZISIK

Mit dem Spielhallengesetz haben wir im Abgeordnetenhaus die Voraussetzungen dafür geschaffen das Problem der Spielcasinos aus unseren Kiezen zu verbannen. Bundesweit gibt es kein vergleichbares Gesetz was so konsequent die existierenden Probleme angeht. Damit wurde entschlossen eine rote Linie für unsere Stadt, für die Kiezkultur und für die Menschen gezogen.

Wir haben Mindestabstandsregelungen und viel schärfere Anforderungen für das Bewerben und das Aufstellen von Automaten beschlossen. Der Jugendschutz wurde gestärkt, Steuern auf Automaten erhöht und damit Präventionsprogramme gegen Spielsucht finanziell besser ausgestattet. Unser erklärtes Ziel ist es, Spielsucht zurückzudrängen und kriminelle Aktivitäten im Umfeld vieler Spielcasinos zu unterbinden.

Das Gesetz ist da – doch warum wirkt es nicht?

Wenn wir uns heute in unseren Kiezen umschaun hat sich bereits viel positiv verändert. Doch besonders in meinem Wahlkreis, in Moabit und Wedding, sehe ich auch die Probleme. Beispielsweise, wenn sich das Ordnungsamt Mitte im 2-Stunden-Takt um parkende Autos am Alex (Beispiel Rosenstraße) kümmert, anstatt den Jugendschutz in Moabiter Casinos ernst zu nehmen.

Wir sehen was in unseren Kiezen passiert und wollten es nun genau wissen. Deshalb haben wir die Spielhallen in meinem Wahlkreis genauer unter die Lupe genommen. Und das Ergebnis war niederschmetternd:

Über 95% aller Spielcasinos in meinem Wahlkreis verstoßen gegen das Spielhallengesetz. Konkret stehen in mehr als der Hälfte aller Hallen mehr Automaten als gesetzlich erlaubt. Darüber hinaus wird in rund 2 von 3 Casinos geraucht und kostenlos Getränke verteilt. Besonders bestürzt sind wir über die mangelnde Beachtung des Jugendschutzes. In fast allen Casinos wurde das Alter von Jugendlichen nicht erfragt.

Bis auf wenige Ausnahmen verstoßen Spielcasinos gegen die gesetzlichen Regelungen. Dieses erschütternde Resultat darf nicht ohne Folgen bleiben!

Wir dürfen es nicht zulassen, dass sich unsere Kieze zu rechtsfreien Räumen entwickeln. Wenn Vorgaben in diesem sensiblen Bereich nicht eingehalten werden, müssen folgerichtig Lizenzen für den Betrieb von Spielhallen entzogen werden!



FLUCHT UND VERANTWORTUNG: SCHWERPUNKT BEI DEN JUSOS MITTE: INKLUSION

VON ANKE KÜPPER & MATHIAS SCHULZ

Inklusion ist ein politisches Projekt. Als politische Organisation müssen wir auch an uns selbst arbeiten. Seit einiger Zeit arbeitet daher eine Projektgruppe bei den Jusos Mitte daran, Wege zu entwickeln wie Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am Parteileben teilhaben können. Was aber ist eigentlich „Inklusion“? Ganz gleich ob im Bereich der Schule, im Sportverein oder im Berufsalltag: Viel wird derzeit in der politischen Arena über Inklusion diskutiert und gestritten. Im Umgang mit Menschen mit Behinderungen sehen sich viele Menschen stark gefordert. Doch was ist eigentlich das Problem bei der Inklusion?

Wortgetreu übersetzt bedeutet Inklusion „Zugehörigkeit“ – meint also das Gegenteil von Ausgrenzung. Inklusion stellt nichts Geringeres als ein Menschenrecht dar, welches durch die UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben wurde. Es geht dabei nicht um die Integration von „Ausgegrenzten“. Es geht darum, von vornherein allen Menschen die uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Gemeint ist somit eher ein Zustand, denn eine Handlung. Wenn alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – an jedweden Orten oder Anlässen dabei sein, teilnehmen und auch teilhaben können, dann bezeichnen wir dies als barrierefreien Zustand – ja als „gelebte Inklusion“. Eine inklusive Gesellschaft zeichnet sich demzufolge dadurch aus, dass es einfach normal ist verschieden zu sein. Jeder Mensch wird als eigene Persönlichkeit wahrgenommen – ohne dabei die verschiedenen Bedarfe unberücksichtigt zu lassen.

Damit verknüpft sich für uns als Jusos die Debatte um gesellschaftliche Normen bzw. um das, was häufig als sog. „gesellschaftlichen Normalität“ bezeichnet wird. Sehr oft werden oder bleiben Menschen ausgeschlossen, die von dieser Norm abweichen. Genau hier wollen wir ansetzen: Wir müssen uns darauf einigen, wie wir als Gesellschaft unseren Umgang mit den Menschen verändern, die bisher durch eine zugeschriebene „Abweichung von der Norm“ ausgeschlossen sind.

Warum wird Menschen mit Behinderungen oft nicht zugetraut, dass in ihnen besondere Begabungen und Fähigkeiten stecken? Warum wird oft übersehen, dass ein besonderer Bedarf nicht gleichzusetzen ist mit einer individuellen Schwäche? Warum wird oft erwartet, dass Menschen mit Behinderungen die Barrieren überwinden müssen und nicht diejenigen für die Barrieren verantwortlich sind, die sie errichten? Wie oben geschrieben: Viele

Menschen fühlen sich stark gefordert – und sei es bei der Überwindung eigener Unsicherheiten, versteckter Berührungängste oder eben auch persönlicher Vorbehalte.

Wir als Jusos finden: Nicht der Mensch mit Behinderung hat sich zur Wahrung der eigenen Rechte anzupassen. Vielmehr muss das gesellschaftliche Leben von vornherein derart (barrierefrei) gestaltet sein, dass es für alle Menschen gleichermaßen offen ist. Nicht nur politisch, auch im eigenen Verband legen wir darauf einen Schwerpunkt.

MITREDEN IN MITTE AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUM THEMA BILDUNG

VON NIKOLAUS KILIAN & NIKE MARQUARDT

Am Mittwoch, den 10.7. trafen sich auf Einladung der 16. Abteilung und der Arbeitsgemeinschaft für Bildung sowie der 9. und 23. Abteilung über 60 interessierte Bürgerinnen und Bürger, um im Rahmen eines World Cafés mit der SPD über Bildungspolitik zu diskutieren.

An vier Tischen diskutierten vier ExpertInnen mit den BürgerInnen über verschiedene Themen. Stadträtin Sabine Smentek diskutierte über bezirkliche Bildungspolitik, der Vorsitzende der AfB Mitte Michael Nové, nebenbei auch Leiter der Gottfried-Röhl-Schule, über Herausforderungen und mögliche Stellschrauben zur Verbesserung der Grundschulen, Orkan Özdemir über Berufsqualifizierung und Frau Susanne Kriegel-Wethkamp von der Schulaufsicht Berlin-Mitte über die Schulqualität und die Sicht der Berliner Verwaltung.

Insgesamt war es eine sehr lebhaft und vom gegenseitigen Austausch geprägte Veranstaltung, deren Ergebnisse in das Wahlprogramm der Berlinwahl 2016 einfließen sollen. Die große Teilnehmerzahl und die rege Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger hat uns gezeigt, dass das Thema Bildung nach wie vor ein Dauerbrenner ist und uns zu Recht auch weiterhin beschäftigen wird.

Nebenbei bemerkt, fand die Diskussion im Kuppelsaal des ehemaligen Krematoriums in der Weddinger Gerichtstraße statt. Das Gelände heißt heute Silent Green Kulturquartier. Eine schöne Location, auch für zukünftige größere Veranstaltungen.

Inhaltliche Ergebnisse der Diskussion waren u.a. eine verbesserte Raumausstattung, ein besserer Übergang zwischen Schule und Beruf, eine angemessenere pädagogische Betreuung (v.a. auch mit Sonderpädagogen und anderem pädagogischem Personal) und eine allgemeine Verbesserung der Lage für die Berliner Grundschullehrer.



PRO LEGALISIERUNG CANNABIS

VON MICHAEL KUHN

Mit dem Spielhallengesetz haben wir im Abgeordnetenhaus Als der amerikanische Präsident Barack Obama öffentlich sagte, er halte das Rauchen von Cannabis nicht für gefährlicher als das Trinken von Alkohol, sprach er aus Erfahrung. Er, wie auch seine beiden Vorgänger, haben ihren Cannabis-Konsum zugegeben. Das ist nicht nur ein Zeichen dafür, dass die allermeisten Konsumenten von illegalen Drogen in keine Abhängigkeit geraten, sondern ein normales Leben führen und ihren Verpflichtungen nachkommen. Es zeigt aber vor allem, dass der Konsum von illegalen Drogen, gerade von Cannabis, eine gesellschaftliche Realität ist, die alle Bevölkerungsschichten durchzieht. Daran konnte die Kriminalisierung des Drogenkonsums nichts ändern, nicht in „Null-Toleranz-Zonen“, und selbst in totalitären Regimen oder Gefängnissen nicht.

Natürlich muss man nicht jedes Verhalten legalisieren, nur weil sich die Menschen nicht an Verbote halten. Um Menschen vor sich selbst zu schützen, ist aber das Strafrecht ein völlig ungeeignetes und widersinniges Mittel – und wird auch sonst bei (potentiell) ungesunden Verhaltensweisen nicht bemüht. Es ist kaum nachvollziehbar, dass Drogenkonsumenten dadurch geschützt werden sollen, dass man sie strafrechtlich verfolgt und so stigmatisiert und in ein kriminelles Milieu treibt. Die Abhängigen bräuchten vielmehr die Hilfe und Unterstützung der Gesellschaft statt Ausgrenzung. Auch für den oft bemühten Schutz der Jugend ergeben sich tatsächlich nur negative Effekte. Alle praktischen Erfahrungen mit der Erleichterung des Zugangs zu bislang illegalen Drogen (z.B. Niederlande, Schweiz, Spanien, Portugal, Uruguay, USA) haben gezeigt, dass es zu keiner Ausweitung des Drogenkonsums kommt. Durch die Drogenprohibition kommen speziell Jugendliche sogar viel leichter an Drogen, da ein florierender Schwarzmarkt erzeugt wird, bei dem weder die Abgabe an Jugendliche kontrolliert, noch der Umlauf von verunreinigten Drogen verhindert werden kann. Jugendliche leiden zudem besonders unter Stigmatisierung und strafrechtlichen Verfolgung, die ihnen Lebenschancen nehmen kann.

Welche Drogen der Staat zulässt, und welche er kriminalisiert, ist zudem mit Blick auf Cannabis besonders fragwürdig. Die legalen Drogen Alkohol und Tabak sind nicht nur körperlich weitaus schädlicher als Cannabis, sie sind auch mit höheren gesellschaftlichen Kosten verbunden. 2012 starben 14.551 Menschen direkt an den Folgen des Alkoholkonsums, die Dunkelziffer liegt wohl weit darüber. Cannabis ist dagegen nicht tödlich und die Möglichkeit

und das Ausmaß von körperlichen Folgeschäden sind trotz jahrzehntelanger Forschung immer noch umstritten. Jede dritte Gewalttat und geschätzt 80% der häuslichen Gewalt werden unter Alkoholeinfluss begangen, während Gewalttätigkeit unter Cannabiseinfluss praktisch unbekannt ist. Cannabis hat zudem enorme therapeutische Potentiale, u.a. in der Schmerz- und Krebstherapie, die durch die Kriminalisierung behindert werden, während Alkohol allenfalls eingesetzt wird, um den Tod durch abrupten Alkoholentzug zu verhindern. Damit soll Cannabis nicht verharmlost werden. Dennoch kommt man an der Tatsache nicht vorbei, dass Cannabis eine harmlosere Alternative zu Alkohol und Tabak ist. Ein Staat, der die Gesundheit seiner Bürger schützen will, muss solche Alternativen zulassen und nicht mit Verweis auf das Ziel einer drogenlosen Gesellschaft verbieten, das ebenso unerreichbar wie unsinnig ist.

Die Kriminalisierung von Cannabis ist also nicht nur sachlich nicht zu begründen, sondern vor dem Hintergrund des Gesundheits-, Verbraucher- und des Jugendschutzes unverantwortlich und schädlich. Davon abgesehen gibt der Staat Milliardensummen für die Verfolgung von kleiner Konsumkriminalität aus, während er auf Steuereinnahmen verzichtet und die Gewinne dem organisierten Verbrechen überlässt. Es ist schon ein einmaliger Vorgang, dass 122 deutschen Strafrechtsprofessoren („Schildower Kreis“), das Betäubungsmittelstrafrecht für gescheitert erklären und dringend eine Reform anmahnen. Die Neuen Richtervereinerung und die Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin haben sich diesem Aufruf angeschlossen. Was fehlt ist nur der politische Wille, diese überfällige Reform endlich durchzuführen.

CONTRA LEGALISIERUNG CANNABIS

VON MORITZ FESSLER

Um den Auftritt von Cem Özdemir Anfang dieses Jahres hat die Debatte um eine mögliche Legalisierung von Cannabisprodukten wieder Aufwind erfahren. Dabei hat sich wenig an den Argumenten geändert. Wer sich allerdings heute in Berlin Kreuzberg einer Legalisierung der Droge gegenüber zurückhaltend äußert, wird schnell als ewiggestriger abgestempelt. Auf den ersten Blick wirken die Argumente der Befürworter dabei durchaus überzeugend: Seit mehreren Jahren schon ist es der Berliner Polizei nicht gelungen, den Konsum von Cannabisprodukten in der Hauptstadt signifikant zu reduzieren.

Stattdessen hat die Verfolgung von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz sowohl Polizei als auch Verwaltung enorme Ressourcen gekostet. Gleichzeitig weist die gesellschaftlich akzeptierte Droge Alkohol mit 73.000 Toten jährlich eine erschreckende Statistik auf – nachweisbare Fälle von Toten durch Cannabismissbrauch gibt es bis heute noch nicht. Zu guter Letzt, so die Freunde der Entkriminalisierung, würde eine offenere Politik dem grünen Vergnügen gegenüber dem Schwarzmarkt ein wichtiges Standbein rauben. Statt zerstörter Heroin-Junkies und Crackrauchern blickt die Umgebung des Görlitzer Parks also einer Zukunft chillig-entspannter Pazifisten entgegen.

Im ersten Tumult überzeugend, lohnt es sich doch, die Argumente für eine schrittweise Entkriminalisierung einzeln zu betrachten. Zunächst ist die Ohnmacht der Polizei einer effizienten Einschränkung des Konsums von Cannabisprodukten gegenüber keinesfalls ein Argument für die Entkriminalisierung. Straftatbestände aufzuweichen oder gar abzuschaffen, nur weil sie bisher noch nicht effizient bekämpft werden können, entspricht einer Kapitulation vor der Ignoranz. Mit diesem Argument müsste man auch Radfahrer gewähren lassen, die rote Ampeln überfahren und dabei sich selbst und den Straßenverkehr gefährden. Gefährden ist dabei das zweite Stichwort: In ihrem Eifer, die Repression der staatlichen Drogenpolitik zu kritisieren, vergessen viele Befürworter, dass Cannabis durchaus bleibende Schäden verursacht. Regelmäßiger Konsum führt von psychischer Abhängigkeit bis hin zu Psychosen und irreversiblen Schäden am Gehirn.

Zwar lassen sich bisher statistisch gesehen keine Toten direkt auf Cannabismissbrauch zurückführen, im Straßenverkehr hat die eingeschränkte Wahrnehmungsfähigkeit nach dem Konsum jedoch bereits viele Todesopfer gefordert. Einer Studie des britischen Ärzteblattes zufolge verdoppelt der Konsum von Cannabis das Verkehrsunfall-

risiko gar. Wer trotzdem die weitestgehend psychischen Folgen von regelmäßigem Cannabiskonsum mit einem Schulterzucken abtut und auf die vielen Toten bei Alkohol und Tabak verweist, vergisst, dass Cannabisprodukte in ihrer Mehrzahl in einer Mischung mit herkömmlichem Tabak konsumiert werden. Der hohe Abhängigkeitsfaktor von Nikotin ebnet dabei den Weg vom Joint zum Kettenraucher. Auch der Verweis auf Tabak und Alkohol und das weitverbreitete Argument, Alkohol fordere ebenfalls eine große Zahl an Todesopfern und sei trotzdem gesellschaftlich akzeptiert, darf nicht gelten. Die Entkriminalisierung einer Droge mit den Todesopfern einer anderen zu rechtfertigen, und dabei zu fordern, der Staat möge eine weitere Ausnahme von seiner Fürsorgepflicht machen, ist absurd. Befürworter einer liberalen Denkweise, die jeden Bürger frei entscheiden lässt, ob, und wenn ja, welche gesundheitsgefährdende Substanz er konsumiert, seien abschließend daran erinnert, dass Gesundheitsschäden des Einzelnen auch die Gesellschaft schädigen.

Die Debatte um die Entkriminalisierung von Cannabisprodukten bleibt damit bei genauer Betrachtung keineswegs so einseitig, wie viele Befürworter sie gerne darstellen. Ob und falls ja, wann es zu einer Legalisierung kommt, bleibt abzuwarten. Sicher jedoch ist, dass die Debatte auch in Zukunft nicht nur um den Görlitzer Park ein strittiges Thema bleiben wird.

DAS POLITISCHE LIED

Das Lied „Die Arbeiter von Wien“ entstand vermutlich 1927, als während der so genannten Julirevolte in Wien 89 Demonstranten, durch Schüsse in die Menge, getötet wurden. Der Text stammt von Fritz Brügel (1897–1955), einem Wiener Lyriker und Essayisten. Die Melodie wurde von dem sowjetischen Marsch Weiße Armee, schwarzer Baron (1920) von Samuel Pokrass (1897–1939) übernommen.

Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt,
Wir sind der Sämann, die Saat und das Feld.
Wir sind die Schnitter der kommenden Mahd,
Wir sind die Zukunft und wir sind die Tat.

So flieg', du flammende, du rote Fahne,
Voran dem Wege, den wir ziehn.
Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer.
Wir sind die Arbeiter von Wien.

Herrn der Fabriken, ihr Herren der Welt,
Endlich wird eure Herrschaft gefällt.
Wir, die Armee, die die Zukunft erschafft,
Sprengen der Fesseln engende Haft.

So flieg' du flammende, du rote Fahne ...

Wie auch die Lüge uns schmähend umkreist,
Alles besiegend erhebt sich der Geist.
Kerker und Eisen zerbricht seine Macht,
Wenn wir uns rüsten zur letzten Schlacht.

So flieg' du flammende, du rote Fahne ...



